



Deutschland.

Berlin, 5. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Major z. D. von Bötticher zu Berlin, zuletzt Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (Schneidemühl) 3. Pommerschen Landwehr-Regiments Nr. 14, und dem Amts-Sekretär Rodewald zu Fürstenau den Rothen Adler-Orden 4. Klasse; dem Ober-Lieutenant v. Rheinbaben à la suite des Niederschlesischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 5 und Director der Artillerie-Schießschule, den Königlichen Kronen-Orden 3. Klasse; dem Rentier Caspar Teufel zu Siamaringen den Königlichen Kronen-Orden 4. Klasse; dem Steueraufseher Groß zu Koblenz das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Rittmeister Preußen im Posenischen Ulanen-Regiment Nr. 10, commandant als Adjutant bei der 2. Division, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Ober-Förstmeister v. Alvensleben zu Meß zum Ober-Förstmeister und Mitdirigenten einer Regierungs-Abteilung für Domänen und Forsten ernannt.

Dem praktischen Arzt Dr. med. Otto Nisel zu Halle a. S. ist die Leitung des dafelbst bestehenden Königlichen Impf-Instituts für die Provinz Sachsen übertragen worden. — Dem Ober-Förstmeister von Alvensleben zu Meß ist die Ober-Förstmeisterstelle bei der Königlichen Regierung zu Potsdam, welche durch die Pensionierung des Ober-Förstmeisters v. Massow erledigt ist, übertragen worden.

Berlin, 5. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war heute in einer Vorstandssitzung des Augusta-Hospitals anwesend und besichtigte die Berliner Gewerbe-Ausstellung. (R.-Anz.)

○ Berlin, 5. Juni. [Eine Amnestie. — Inspection reise des Ministers des Innern. — Eisenbahnmuseum bei der Gewerbe-Akademie. — Zur Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnz. — Das Denkmal der Schlacht von Fehrbellin.] Offiziell wird geschrieben: Nachdem der Kaiser schon vor einigen Wochen, wie damals gemeldet, die Absicht zu erkennen gegeben hatte, zur Feier der goldenen Hochzeit Begegnungen oder Strafmilderungen auf vorgängige Gesuche nach Prüfung des einzelnen Falles in größerem Umfang (Die Offiziesen wußten bisher von diesem größeren Umfang des Strafnachlasses nichts. D. R.) eintreten zu lassen, als dies in gewöhnlichen Zeiten nach den bestehenden Grundsätzen geschieht, hat der Kaiser durch eine in voriger Woche erlassene Bestimmung weiter die Geneigtheit zu erkennen gegeben, unter gewissen Voraussetzungen auch den in Folge der vorjährigen Attentate wegen Majestätsbeleidigung zu Gefängnisstrafen verurteilten Personen Begnadigungen zu Theil werden zu lassen. Auch in Bezug auf Militärschläge, welche wegen unerlaubter Auswanderung oder Controversen straffällig geworden, werden Begnadigungen stattfinden. — Der Minister des Innern, welcher sich nach der Rheinprovinz begeben, um vorzugsweise den Regierungsbezirk Trier zu besuchen, gedenkt Ende dieser Woche nach Berlin zurückzufommen. — Es ist in Anregung gekommen, aus der in der Bau- und Gewerbeakademie gebildeten Modellsammlung die auf das Eisenbahnwesen bezüglichen Gegenstände auszuscheiden und durch andere, bei den Eisenbahnverwaltungen disponible Modelle und Probestücke vermehrt, für sich in der Weise aufzustellen, daß die Entwicklung des Eisenbahnwesens daran verfolgt und studirt werden kann. Es würde damit der Grund zu einem weiter auszubildenden Eisenbahnmuseum, ähnlich wie das Postmuseum, gelegt werden und der doppelte Zweck ins Auge zu fassen sein, dem Publikum Gelegenheit zur Information über die Geschichte des Eisenbahnwesens zu geben und andererseits den Studirenden der technischen Hochschulen durch übersichtliche Anordnung der Lehrmittel das Studium zu erleichtern. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat die königl. Eisenbahn-Directionen veranlaßt, ein Verzeichniß derselben Modelle und Probestücke einzureichen, welche zur Aufnahme in die genannte Sammlung geeignet sein würden. — Die Mittheilungen, welche sich in verschiedenen Blättern über die in Aussicht genommene Revision des Reichsgesetzes über den Unterstützungs-Wohnz. finden, sind vielfach ungenau. So meldet die „Börsische Zeitung“, die Gemeinden sollten in Zukunft auch bezüglich heimatloser Personen regelwidrig sein. Es ist aber vielmehr eine Bestimmung in Aussicht genommen worden, den Gemeinden bezüglich der Heimatlosen die Durchführung des Regresses gegen die Land-Armen-Verbande zu erleichtern. Ebenso hat die „Börs. Ztg.“ einige Tage später gemeldet, es sei eine Bestimmung beabsichtigt, wonach Gemeinden, welche einen Hilfsbedürftigen einer anderen Gemeinde regelwidriger Weise zuschieben, der letzteren die ihr verursachten Kur- und Pflegekosten zu erstatten hätten. Eine solche Bestimmung wäre jedoch überflüssig, da die Erstattungspflicht in den genannten Fällen nach konstanter Indicatur des Bundesheimathlands schon jetzt besteht. — Die Einweihung des an die Schlacht bei Fehrbellin erinnernden Denkmals soll auf dem Kurfürstenberg bei Fehrbellin am 2. September d. J. stattfinden.

= Berlin, 5. Juni. [Antrag des bundesrathlichen Special-Ausschusses bezüglich der Vorlage über das Gütertarifwesen.] Dem Bundesrat liegt ein Antrag des außerordentlichen Ausschusses für das Eisenbahn-Gütertarifwesen vor, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über das Gütertarifwesen der deutschen Eisenbahnen.

Der Entwurf umfaßt 4 Abschnitte: I. Bildung der Tarife. II. Veröffentlichung und Anwendung der Tarife. III. Reichs-Eisenbahnrat. IV. Schlußbestimmungen, in 30 Paragraphen. Er verbreitet sich über: Regelmäßige Tarifbildung, tarifmäßige Entfernung, Abfertigungsgebühr, Tarifsystem und Normaleinheitssätze, Nebengebühren und Conventionalstrafen, Ausnahmetarife, Aufnahme der Konkurrenz, direkte Expeditionen, Inhalt der Tarife, Einrichtung und Veröffentlichung der Tarife, Aenderungen der Tarife, Frachtberechnung bei Mangel directer Tarife, Leitung des Verkehrs, gleichmäßige Anwendung der Tarife, Strafbestimmungen, Haftung der Eisenbahnen für Entschädigungen. Der erste principielle Abschnitt lautet: § 1. Die Preise für die Beförderung von Gütern auf Eisenbahnen werden aus einem nach Maßgabe der Entfernung zu berechnenden Streckensatz und aus einer Abfertigungsgebühr gebildet. § 2. Die für die Tarifbildung maßgebende Entfernung bestimmt sich aus der Geleislänge der Beförderungsstrecke und wird in Kilometern ausgedrückt, wobei angefangene als volle Kilometer zu rechnen sind. Zum Zwecke einer den besonderen Bau-, Betriebs- oder Verkehrsverhältnissen einzelner Bahnen angepaßten Tarifberechnung kann für ganze Bahnen oder einzelne Bahnstrecken die wirkliche Entfernung erhöht oder vermindert werden. Die Bestimmung über die Erhöhung oder Verminderung erfolgt auf Antrag der Landes-Regierung durch den Bundesrat. Die hierauf festgesetzten, von der wirklichen Entfernung abweichenden Längen sind der Tarifbildung zum Grunde zu legen. § 3. Die Abfertigungs-Gebühr wird je zur Hälfte für die Aufgabe und die Bestimmungsstation erhoben. Findet vor der Aufgabe bis zur Bestimmungsstation eine directe Abfertigung nicht statt, so kann für jede notwendige Umstaltung eine Abfertigungsgebühr im halben Betrage des normalen Satzes berechnet werden. § 4. Die Tarifvorschriften

nebst der Güterklassification und die Normaleinheitssätze für die verschiedenen Güterklassen sind für alle Bahnen gleich. Die Festsetzung erfolgt durch den Bundesrat. § 5. Für die Gebühren, welche neben den Beförderungs-Preisen als Entschädigung für besondere Leistungen zur Erhebung kommen, hat die Eisenbahn-Verwaltung nach den Selbstkosten bemessene Sätze aufzustellen. Dieselben unterliegen der Genehmigung und zeitweiligen Prüfung der Landesaufsichtsbehörde. Die Höhe der für unrichtige Angabe des Gewichts oder des Inhalts, sowie für Überladung der Wagen in dem Betriebsreglement vorgesehenen Conventionalstrafen wird von dem Bundesrat festgesetzt. — § 6. Abweichungen von den durch den Bundesrat festgesetzten Normaleinheitssätzen und Tarifvorschriften sind gestattet: a. behufs Anwendung einer Gefährdung inländischer wirtschaftlicher Interessen, b. zur Begegnung der Concurrenz von Verkehrswege und Verkehrsanstalten anderer Art, sowie von fremdländischen Eisenbahnen. Diese Abweichungen unterliegen, soweit nicht der Paragraph 7 Anwendung findet, der Genehmigung des Bundesrates, welche in jedem Falle nur widerruflich erhebt werden kann. Dabei dürfen ausländischen Erzeugnissen nicht günstigere Fracht-einheitssätze oder Frachtbedingungen eingeräumt werden, als solche gleichartigen inländischen Erzeugnissen bei gleichen Verhältnissen im Verkehr nach den nämlichen Bestimmungsorten bei gleicher Länge des innerhalb des Reichsgebietes zurückgelegten Weges unter Beihilfe derselben Bahnhofswartungen bewilligt sind, es sei denn, daß sonst nachweislich eine erhebliche Bedeutung wichtiger inländischer wirtschaftlicher Interessen zu befürchten steht. In dringenden Fällen ist die Landesaufsichtsbehörde ermächtigt, mit Zustimmung des Reichs-Eisenbahnamts Abweichungen der vorbezeichneten Art vorbehaltlich der sofort zu beantragenden nachträglichen Genehmigung des Bundesrates zu gestatten. Wird diese versagt, so sind die Tarife binnen zwei Monaten nach Mittheilung des Bundesratsbeschusses wieder außer Geltung zu setzen. — § 7. Der zwischen zwei Stationen bestehende billige Tarif kann auf concurrende Linien übertragen werden. Wenn jedoch der Unterschied in den Tarifen mehr als 20% des billigeren Tarifs beträgt, ist zur Aufnahme der Konkurrenz die Genehmigung der Landesaufsichtsbehörde mit Zustimmung des Reichs-Eisenbahnamts erforderlich. Bei Meinungsverschiedenheit entscheidet der Bundesrat. Diese Bestimmungen finden auch Anwendung, wenn es sich um die Übertragung eines fremdländischen oder eines unter Beihilfe einer Eisenbahn vorschriftsmäßig hergestellten Tarifs auf eine andere dieselben Stationen verbindende Linie handelt, falls die Länge der an der leichten beteiligten deutschen Eisenbahn-Strecken hinter der Länge der an dem zu übertragenden Tarife beteiligten deutschen Eisenbahnstrecken nicht mehr als um zwanzig Prozent zurückbleibt. — § 8. Bei der Einrichtung directer Expeditionen in Gemäßheit des Artikels 44 der Reichsverfassung sind die Eisenbahnen verpflichtet, für den gemeinschaftlichen Tarif die niedrigsten Streckenfracht-sätze zu bewilligen, welche sie auf der betreffenden Bahnstrecke für die gleichartigen Frachtgegenstände und für die gleiche Leistung bei gleicher oder geringerer Länge des innerhalb des Reichsgebietes zurückgelegten Weges in irgend einem anderen Verkehr erheben, sofern dies vom Reichs-Eisenbahnamt im allgemeinen Verkehrsinteresse verlangt wird. Auf Streckenfracht-sätze, welche sich aus der Übernahme des billigeren Tarifs einer anderen Linie (§ 7) ergaben, findet diese Bestimmung keine Anwendung. § 9. Die Aufhebung directer Expeditionen ist nur mit Zustimmung des Reichs-Eisenbahnamts statthaft. Aus den übrigen Bestimmungen ist hervorzuheben, daß die Güter über den billigsten Weg zu leiten sind und derjenige Weg zu wählen ist, welcher zur kürzesten Lieferungszeit führt. Alle Ausnahmesbestimmungen hat der Bundesrat zu treffen, der auch das Intratitreten der neuen Tarife anordnet. Alle günstigeren Frachten ausländischer Erzeugnisse gegenüber inländischen treten zu Ende d. J. außer Kraft, wenn sie der Bundesrat nicht bis 1. December cr. genehmigt. Vereinbarungen in Staatsverträgen mit ausländischen Staaten über das Tarifwesen bleiben unberührt. Auf Schmalspurbahnen findet das Gesetz keine Anwendung, für Secundärbahnen kann der Bundesrat Ausnahmen gestatten. Der württembergischen Regierung sind für den Localverkehr einige Vorrechte reservirt. Auf Bayern findet das Gesetz keine Anwendung.

○ Berlin, 5. Juni. [Liberale Provinzial-Parteidage.] Innerhalb der liberalen Parteien wird gegenwärtig mit lebhaftem Interesse der Gedanke aufgenommen, die Agitation für die im Herbst bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlen frühzeitig mit der Abhaltung von Parteidagen in den Provinzen zu beginnen. Es sollen den liberalen Parteien namentlich jene Wahlkreise erhalten werden, die durch die wirtschaftliche Strömung in das conservative Fahrwasser gezogen werden können. Aus mehreren Provinzen ist deshalb bei den hier lebenden Parteiführern der Wunsch ausgesprochen worden, daß die beiden liberalen Parteien entweder vereinigt oder jede für sich schon jetzt mit der Abhaltung von Provinzialparteidagen beginnen möchten. Dieselben sollen von den Wahlcomites der Provinzen ausgeschrieben und zur Beihilfe nicht nur die Abgeordneten der Provinz, sondern auch alle Capitäten der Partei, namentlich die Reichstag- und Landtagsabgeordneten eingeladen werden. Wie wir hören, ist die Abhaltung eines solchen Parteidages in der Mark Brandenburg schon für die nächsten Wochen wegen einer dort stattfindenden Nachwahl für den Reichstag in Aussicht genommen. Im Allgemeinen ist man hier der Ansicht, daß die Agitation für die aufzustellenden Commissariatsdächer diesmal frühzeitig beginnen müsse, weil gutem Vernehmen nach die conservativ-ultramontane Coalition auch schon mit den Vorarbeiten für die Landtagswahlen beginnt.

[Zur Lage.] Die „März. Ztg.“ schreibt: „Eine politische Partei, die in die Minorität gerathen ist, hat nur dann Aussicht, wieder zur Majorität zu werden, wenn sie alle ihre Kräfte rüdt, wenn sie mit gesteigerter Thätigkeit vor aller Welt zeigt, daß sie noch am Leben, noch existirt, noch lange nicht daran dent, die Segel zu streichen.“ So ungefähr lautet ein Wort, welches Professor Röwell bei der bedeutungsvollen Kundgebung der liberalen Parteien am 30. Mai zu Breslau aussprach, jener Kundgebung, die wie ein hellstörender Werft über die deutschen Lande dahinschallte. Wir hoffen mit dem Redner, daß er nicht langsam in der Welt vorübergehe, sondern Wiederhall finden werde im deutschen Vaterlande im Norden und Süden desselben, im Osten, wie im Westen.“ Wer könnte sich den Ernst und die Bedrohlichkeit der gegenwärtigen Lage auch nur einen Augenblick verschließen! Wir stehen an einem Wendepunkte, der uns mehr denn je zur Selbstprüfung und zur Abwägung unserer Kräfte auffordert. Die liberalen Parteien sind durch das Bündnis der politischen und kirchlichen Reaction aus ihrer ausschlaggebenden Stellung zurückgedrängt worden. Einzig und allein durch die selbstlose und hingebende Unterstützung des liberalen Bürgertums wurde es möglich, unter dem festigen Widerstande der Ultramontanen und der politischen Reaction das junge deutsche Reich mit Institutionen zu versehen, ohne welche sein Fortbestehen von vornherein in Frage gestellt worden wäre. Und jetzt sitzt derselbe Mann, welcher gegen die Annahme der Verträge von Versailles stimmte, im Präsidium des Reichstages, und dieselbe reichsfreudliche Partei, an deren Rockhose Kullmann gehängt wurde, hat durch ihre Verbindung mit dem missvergnügten Junkerthume und durch ihr immer deutlicher hervorstehendes Einverständnis mit der evangelischen Orthodixie hervorragenden Einfluß auf die Geschicke Deutschlands erreicht. In denselben Händen, welche von je her geschäftig an der Untergrabung des deutschen Reiches arbeiteten, ruht gegenwärtig sein Wohl und Wehe. — Wie wurde ein solcher Umsturz der Dinge möglich? Die gegenwärtig hereinbrechende Reaction ist nicht eine plötzlich und unvermutet durch die Benutzung ungewöhnlicher Conjunctionen entstandene; sie wurde im Stille sorgfältig und von langer Hand vorbereitet. Seit langer Zeit war man emsig mit Erforschung des Punktes beschäftigt, wo man mit Erfolg den Hebel zur Lahmlegung des Liberalismus anlegen konnte. Sehr vorsichtig ging man

zu Werke, denn man wußte sehr gut, wohin die große Mehrheit des deutschen Volkes sich neigte, und wohin sie, Gott sei Dank, sich heute noch neigt. Vor Allem aber hatte man die Thatkraft und die Widerstandsfähigkeit des liberalen Bürgerthums zu fürchten. Ganz verborgen konnte die heimliche Minirarbeit allerdings nicht bleiben, wenn sich aber warnende Stimmen erhoben, so wurden sie nur mit halbem Ohre gehört, denn auf liberaler Seite unterschätzte man die langsam aber sicher herannahende Gefahr. Dies war der erste Fehler, den wir begingen. Dennoch würde die Reaction die Früchte ihrer Befreiungen so schnell zu pfücken, wie jetzt geschehen, nicht im Stande gewesen sein, wenn ihr nicht ein äußerlicher, tiefer zu betrauernder Umstand zu Hilfe gekommen wäre. Es kam die Zeit der Attentate. Das Herz des deutschen Volkes quoll über von Wehmuth und Zorn über die unerhörten Frevelthaten. Diese Stimmung, die edelste Herzensregung der Nation, wurde von der reactionären Partei benutzt zur Verdrängung der liberalen Elemente aus dem Reichstage. Monarchisch war diese Fructifizierung nicht; das war sie bei Gott nicht! Wir wünschten dafür vielmehr einen ganz anderen Namen! Und das ist es, was unserem patriotischen, unserem monarchischen Herzen am meisten wehetruht! Liberale Männer ließen sich damals trotz aller Warnungen irre machen an der eigenen Sache und vereinigten ihre Stimmen auf den politischen Gegner. Die Stimmen, welche voraus sagten, was kommen mußte, verhalten unbeachtet. So wurde mit Hilfe des liberalen Wähler eine reactionäre Reichstagsmehrheit geschaffen. Anfanglich nach Zusammentritt des neu gewählten Reichstages übte die reactionäre Partei des Reichstages noch eine gewisse Rücksicht. Als aber die liberalen Abgeordneten nicht den Schriftsteller beschlossen, um einzusehen zu können, daß bei hohen Kornzölzen das Brot billiger werde, warf man die Maske vollends ab und begegnete der zur Minorität zusammengekrumpften liberalen Reichsvertretung mit offenem Hohne. Der Minorität wurde zugesetzt, sie sollte sich nicht erst weiter bemühen; die Majoritätsparteien würden ihr Abkommen schon unter einander treffen! — Was nun geschehen mußte, geschah. Das liberale Präsidium des Reichstages trat ab, um einem clerical-reactionären Präsidium Platz zu machen, aber nicht, ohne zuvor einen Appell an die geeignete Adresse, an das liberale Bürgerthum, zu richten. „Wir hierher und nicht weiter!“ Dieser Satz klug aus den Worten Fordonens heraus, die er auf dem Berliner Städtejahr sprach, und er hat ein lautes Echo und fröhliche Zustimmung in allen Kreisen des Bürgerthums in Stadt und Land gefunden. Als erste Antwort erging die am 30. Mai von der liberalen Bürgerschaft Breslaus an den „Grenzburger Deutschland“ erlassene Adresse, in welcher die Zuversicht ausgetragen wird, daß er, „getragen von der Kraft des deutschen Bürgerthums, auch ferner eintreten werde für die Sache der nationalen Einheit und politischen Freiheit.“ Weitere Antworten in gleichem Sinne werden, wie zu erwarten steht, nicht ausbleiben. Die beste und einzige richtige Antwort aber haben wir nicht durch Worte, sondern durch Thaten zu geben. Die nächste Gelegenheit dazu wird durch die bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus geboten. Wie die Sachen liegen, wird man nicht früh genug an die Vorbereitungen denken können.

[Die diplomatische Correspondenz über die Samoa-Frage.] Die „N.-L. C.“ schreibt: Die diplomatische Correspondenz, welche als Anhang zu dem Berichte mit den Samoa-Inseln vorgelegt worden ist, bildet wohl die erste bedeutende Abweichung von dem Gebrauch des Fürsten Bismarck, seine Blaubücher herzustellen. Seine persönliche Thätigkeit tritt in ihr allerdings auch nirgends hervor; es ist entweder sein Stellvertreter im Auswärtigen Amt oder der Chef der Admiralität, der die Action leitet. Das eigentliche Verdienst der letzteren ruht bei den an Ort und Stelle thätigen Organen: dem Consul Th. Weber und dem Capitän v. Werner. Der Letztere, nicht zu verwechseln mit dem bei Herrn v. Stoch in Ungnade gefallenen Admiral Werner, scheint früher vorwärts gedrängt, Consul Weber eher zurückgehalten zu haben. Dem Seemann allein verdanken wir auch den unverhofften Besitz zweier Häfen in der Südsee, Miolo's und Malada's in der Gruppe der Herzog-Vorp.-Inseln, für deren eventuellen Rücklauf er sich allerdings zwei vortige deutsche Geschäftsbürohäuser gesichert, und deren Erwerb ohne Auftrag und Vollmacht der Reichsregierung Anlaß gegeben hat, vor der Wiederholung solcher unlösbarer Überraschungen zu warnen. Es ist aber wohl gerade dieser besondere Fall in Verbindung mit der eigenhümlichen Natur des dort in der Südsee zu gewährenden Reichsbaues gewesen, was die Ernennung des Corvetten-Capitäns Bembach zum Berufskonsul für alle jene Inselgruppen in der Nähe Australiens herbeigeführt hat. Dem Wahlkonsul Weber hat damit gewiß nichts von seinem wohlverwobenen Lobe abgebrochen werden sollen. Erneutte aber konnte die Reichsgewalt nach dem Eindruck, welchen die vorgelegte Correspondenz hinterläßt, der Ausgabe, welche sie nun fester und bewußter ergreift, allerdings nicht. Sie hält damit nur eine schwierige Hand über Landesleute, die weit von der Heimat eine werdende mannigfaltige Cultur am fröhlichsten und erfolgreichsten unter allen Mütwirkenden begründet haben. Sie durch amerikanische Abenteurer oder durch die Annexionssucht der näheren australischen Colonien von dem Felde ihrer rebländischen Arbeit verdrängt zu leben, könnte unser Nationalgefühl heute nicht gut mehr ertragen. Die Gefahr der Verweichung in unabsehbare Verantwortlichkeiten ist bis jetzt allem Anschein nach glücklich vermieden worden; die Kohlenstation in Saluafata birgt sie schwerlich in sich, Malada und Miolo aber kann die Regierung jeden Augenblick wieder ohne Aufsehen loswerden. Möge diese Verbindung von Vorsicht und Fertigkeit ferner über der Angelegenheit walten!

[Marine.] S. M. Dampfspannboot „Cyclop“ 4 Geschütze, Commandant Cap.-Lt. v. Schudmann I., hat am 9. April cr. Chefoo verlassen, traf am 12. in Shanghai ein, ging am 15. wieder in See und ankerte am 22. April im Hafen von Hongkong.

Braunschweig, 5. Juni. [Die Lehrerversammlung] nahm heute folgende Resolution an: Die Loslösung von der Schule mit dem vollendeten 14. Lebensjahre ist zur Erlangung einer guten Voltsbildung verfrüht und es sind deshalb obligatorische Fortbildungsschulen für beide Geschlechter zu errichten. — Als nächster Versammlungsort wurde Karlsruhe gewählt und alsdann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser geschlossen.

Frankreich.

Paris, 3. Juni. [Die Lyoner Rede Jules Simons.] — Zur Blanqui'schen Angelegenheit. — Aus Algier. — Verbot von Prozessionen in Lyon.] Heute Abend liegt der Wortschatz der Simon'schen Rede vor. In der That muß man daran vermuten, daß der Redner ein Gegner der Ferry'schen Gesetze ist, obgleich er es vermeidet, seine Meinung hierüber gerade herauszufügen. Den Hauptnachdruck legt er darauf, daß die Republikaner sich bemühen müßten, ebensoviel Geld und Mühe auf die Organisation der öffentlichen Erziehung zu verwenden, wie der Clerus es gethan. — In Versailles beräth heute die Deputirtenkammer in großer Debatte über die Wahl Blanqui's. Das Resultat der Sitzung ist seit lange für Niemanden mehr fraglich und Clemenceau, der für die Zulassung Blanqui's eintritt, macht sich keine Illusion; er weiß, daß er eine verlorene Sache vertheidigt. Man glaubt, daß sich allerhöchstens 60 Stimmen für die Gültigkeit der Wahl von Bordeaux aussprechen werden. Die Debatte hat natürlich viele Zuhörer angezogen; die meisten Senatoren haben sich in Versailles eingefunden, obwohl der Senat keine Sitzung hält. Auch alle Minister wohnen der Verhandlung bei; zum Sprecher der Regierung ist der Justizminister le Royer ausgesucht worden. Im Ministerconseil hat man ihn beauftragt, keine Zusage in Bezug auf die Annexion oder Begnadigung Blanqui's zu geben, da die Regierung die Anwendung des Amnestie-Gesetzes als ein ausschließliches Recht der ausübenden Gewalt in Anspruch

Zumt. Die „Débats“ brachte heute einen Artikel J. P. Lemoine's, worin das Recht der Regierung sehr entschieden vertheidigt wird. Uebrigens gilt es schon für gewiss, daß die Begeabigung Blanqui's erst nach dem 5. Juni unterzeichnet werden wird, also nach dem Abschluß der Amnestieverfode. — Eine Depesche aus Algier meldet, daß im Departement Constantine an der französischen Grenze unter der kabylischen Bevölkerung ein Aufstand ausgebrochen ist, in welcher mehrere Frankreich befriedete Tads, sowie 6 Soldaten von einem Spahi-Regiment, die einen französischen Offizier begleiteten, ermordet worden sind. Die näheren Details fehlen noch. Der in Algier commandinge General Saussier hat 3 Infanterie-Bataillone und zwei Artillerie-Wethelungen nach Constantine geschickt. — In Lyon ist eine Verfolgung des Präfectorat öffentlich angeklagt worden, welche alle Prozessionen außerhalb der Kirchen verbietet.

○ Paris, 4. Juni. Aus der Deputirtenkammer. — Debatte über die Wahl Blanqui's. — Zum Prozeß gegen Cassagnac. — Der Aufstand in Algier.] Die Blanqui'sche Angelegenheit ist endlich in der Kammer abgethan. Mit 372 gegen 33 Stimmen ist die Wahl von Bordeaux für ungültig erklärt worden, ohne daß die Regierung sich in der Lage sah, eine Erklärung darüber abgeben zu müssen, was sie mit Blanqui zu thun gedenke, ob sie ihm seine politischen Rechte wiedergeben wolle oder nicht. Die Sitzung war zum Theil sehr stürmisch, denn die Bonapartisten konnten es nicht unterlassen, Lärm zu machen. Von Seiten der radikal Republikaner dagegen ist die Regierung sehr rücksichtsvoll behandelt worden. Clemenceau selber, welcher die Debatte eröffnete, war durchaus nicht verleidet und vermidet es, der Debatte einen aufreizenden Charakter zu geben. Die Mehrheit hörte ihm denn auch weit beifälliger zu, als bei seiner letzten Rede. Nach Clemenceau empfand die Commission für die Wohl Blanqui's und empfanden diejenigen Deputirten, welche diese Wahl nicht gelten lassen wollten, ein übertriebenes Bedürfnis nach Beobachtung der Gesetzlichkeit. Gewiß ist das Gesetz achtenswerth und niemand achte es mehr als der Redner, aber dennoch darf man nicht aus ihr eine Waffe machen, welche das Land verwundet. Und wenn wirklich das Gesetz überall und unter allen Umständen zur Ausführung zu bringen wäre, warum hat man es denn nicht ausgeführt, als es sich darum handelte, die Minister des 16. Mai zu verfolgen? Aber der Redner will auf diesem Argument nicht weiter bestehen und setzte sich auf den Standpunkt der Commission. Das Gesetz sagt formell, daß Blanqui unwählbar ist, aber es gibt einen anderen Gesetzesstext, welcher der Kammer das absolute Recht gibt, über die Wählbarkeit seiner Mitglieder zu entscheiden. Die Kammer ist nicht, wie die Commission annimmt, ein Gerichtshof, sie ist einfach ein politischer Körper, welcher über politische Fragen urtheilt. Auf diesem Gebiet ist ihre Gewalt souverän und man kann nicht sagen, wo ihr Recht anfängt und aufhört. Sie besitzt eine thatsächliche Gewalt, die sie nach Belieben und zu beliebiger Stunde ausübt. Hier angekommen, führte Clemenceau eine Reihe von Präcedenzfällen an. Er erinnerte daran, daß Louis Napoleon im Jahre 1848, Rochefort i. J. 1869 und der Herzog von Almalo und der Prinz von Joinville i. J. 1871 gewählt und daß sie, obgleich gesetzlich nicht wählbar, doch in die Kammer zugelassen worden. Des Weiteren wandte der Redner ein ziemlich verfängliches Argument ad hominem an. Hand aufs Herz, sagte er, wenn man unter dem Matregiment Herrn Gambetta hätte verurtheilen und einkerkern lassen, und wenn ihn dann ein Wahlbezirk in die Kammer gewählt hätte, würden Sie dann diese Wahl für ungültig erklärt haben? In Summa also neigt der Redner zu dem Glauben, daß man die Wahl Blanqui's für ungültig erklären will, nicht sowohl aus aufrichtiger Liebe für die Gesetzlichkeit, als um der Regierung zu Wunsche zu sein. Blanqui, schließt Clemenceau, ist gegen alle Billigkeit und gegen ein seiterliches Versprechen, das ihm nach dem 31. October gegeben wurde, eingeknickt worden. Es ist die Stunde gekommen, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu machen. Die öffentliche Meinung wundert sich darüber, daß die Kammer und die Regierung gegen einen Republikaner strenger verfahren, als gegen die anerkannten Feinde der Republik. Soweit der Redner der äußersten Linken. Zunächst antwortete ihm der Berichterstatter Lacoze. Es sei ein großer Unterschied zwischen der Nichtanwendung eines Gesetzes, wie sie allerdings mitunter vorgenommen und seiner absichtlichen, offenkundigen Verlegung, wie sie diesmal vorliegen würde. Auf jeden Fall wäre es der Kammer unwürdig Präcedenzfälle aufzusuchen, um ihre Gesetzesverachtung zu rechtfertigen. Neben dies seien Louis Bonaparte und die Prinzen von Orléans nur in Folge eines Verbannungsgeges unschuldig gewesen, man habe aber annehmen können, daß dieses Gesetz mit der Regierung, die es hervorgerufen, verschwunden sei. Was aber den Vorwurf angehe, daß die Commission sich ihren Entschluß habe durch die Regierung dictieren lassen, so sei daran kein wahres Wort. Die Kammer nahm die Erklärung des Berichterstatters mit lebhaftem Beifall auf und dann stieg der Legitimist de Laroche-Soucault-Bishaccia auf die Tribüne, um eine Ausklärung zu verlangen. Er und seine Freunde sind in großer Verlegenheit. Sie hegen große Achtung vor der Gesetzlichkeit, aber die Journale haben von einem gewissen Abkommen gesprochen, welches zwischen der Regierung und Lockroy von der äußersten Linke getroffen worden sei. Man erzählt, die Regierung habe versprochen, Blanqui zu amnestieren, wenn Lockroy seine Interpellation zurückziehe und wenn die Wahl Blanqui's für ungültig erklärt werde. De Laroche-Soucault-Bishaccia und seine Freunde möchten wissen, wie es damit steht, ehe sie abstimmen. Lockroy überhob die Minister der Mühle, hierauf zu antworten, indem er selber erklärte, daß zwischen ihm und der Regierung nicht das geringste Abkommen getroffen worden. Nun ergriff der Justizminister le Royer das Wort, um auf die Rede Clemenceau's zu antworten, aber nach seinen ersten Sätzen kam es zu einem Skandal, wie ihn selbst diese an Skandalen reiche Kammer noch nicht erlebt hat. Der Justizminister begann nämlich ungefähr so: Ich kann nicht glauben, daß Herr Clemenceau Anhänger der cäsarischen Doctrin ist, welche das Recht über die Gesetzlichkeit erhob, um ein Verbrechen zu rechtfertigen. Hier sprang Cassagnac auf und rief: Ziehen Sie den Ausdruck zurück. Vom Präsidenten zur Ruhe aufgefordert, rief Cassagnac mit steigender Hestigkeit, er wolle, daß der Minister sein Wort zurücknehme. Der Präsident rief ihn zur Ordnung und Cassagnac erwiderte: Dies ist mir euerlei. Zum zweiten Male zur Ordnung gerufen, gab er dieselbe Antwort. Die gesammte Rechte war auf den Beinen (blos Rouher blieb melancholisch sitzen) und da der tumult zunahm und Cassagnac immer lauter die Stimme erhob, so erklärte ihm der Präsident, daß er die Censur gegen ihn beantragen werde, daß er ihm aber vorher das Wort ertheile. Cassagnac stieg also auf die Tribüne und sagte, daß er es mit dem Präsidenten nicht zu thun habe, sondern mit dem Justizminister, er verlange einen Tadel für den Justizminister, die Bonapartisten wollen nicht, daß man sie Verbrecher schimpfe. Wenn das sich wiederhole, werde die Kammer plötzlich ein ganz anderes Ansehen bekommen. In diesem Ton sprach Cassagnac noch eine Weile weiter. Gambetta brachte die Censur zur Abstimmung, die mit großer Mehrheit votirt wurde. Es dauerte lange, ehe der Präsident die Ordnung wieder herstellen konnte, dann

setzte der Justizminister seine Rede fort, indem er unter großem Beifall der Mehrheit hervorholte, daß gerade eine republikanische Kammer jeden Anschein einer Ungleichheit vermeiden müsse. Es folgte eine Rede des Bonapartisten Robert Mitchell, welche mit der Sache wenig zu thun hatte, die aber der Rechten großen Spaß machte. Mitchell sagte unter anderen, daß er und seine Freunde sich an der Abstimmung nicht beteiligen werden, weil es sich hier bloß um einen Streit zwischen der älteren und der jüngeren Linie der Insurrection handle. Für diese Beleidigung der Mehrheit wurde dem Redner ein Ordnungsruf zu Theil. Endlich erschien Madier Montjau von der äußersten Linken auf der Tribüne, um gegen die Gültigkeit der Wahl zu sprechen. Es sei ihm sehr schmerlich, sich von seinen Freunden zu trennen, aber er könne sich nicht zu einer offenen Gesezessverlegung entschließen. Es sei ein Fehler, daß die Regierung nicht schon lange Blanqui amnestiert habe. Hoffentlich werde sie diese Gelegenheit benutzen, ihr Versäumnis gut zu machen, um nicht sich selber und die Kammer in einen beständigen Conflict mit dem allgemeinen Stimmrecht zu bringen. Madier Montjau hatte außerordentlichen Erfolg, namentlich bei den Mitgliedern der Union Républicaine. Auch die „République Française“ tritt, nebenbei bemerkt, auch heute wieder dafür ein, daß man sich beeile, Blanqui vor dem 5. Juni zu amnestiren. Man schritt zum Votum, dessen Ergebnis schon angegeben worden. — Die Commission für den Cassagnac'schen Prozeß hat gestern ihren Bericht niedergelegt, welcher die Einleitung des Prozesses beantragt. Über den Aufstand in Algerien bemerkte heute die „République“: Die Aufmerksamkeit des Civilgouverneurs war seit seiner Ankunft auf die beträchtliche Einführung von Waffen und Munition von Tunis nach Algerien gelenkt worden. Abb. Grévy hatte sofort strenge Maßregeln gegen diese Contrebande getroffen, es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und die Gerichte hatten die erstickten Schmuggler verurtheilt. Zugleich hatte man die strenge Überwachung der Grenze angeordnet. Diese Vorsichtsmaßregeln waren ohne Zweifel verspätet. Es steht zu hoffen, daß der Aufstand lokalisiert und bald unterdrückt sein wird.

Schon Rebiers bei Borhaus-Hammer im diesseitigen Kreise bis zum Hainauer Stadtort berichtet worden, ist dies heute dahin zu erweitern, daß auch die ferneren Verhandlungen zwischen dem Commissarius der Königl. Regierung zu Liegnitz, Geh. Regierungsrath Jacobi, und den fischereiberechtigten Rusticalbesitzern zu Samitz und Hinterz im Kreise zu einem günstigen Resultate geführt haben, so daß die projectierte Erweiterung des qu. Laich-Schönrebiers, durch welche die Hebung der Fischzucht im Schwarzwasser und dessen Nebengewässern während der sechsjährigen Schönperiode in noch wirkamer Weise gefördert wird, wie durch die im Fischereigesetz vorgesehene Bildung von Fischerei-Wirthschafts- und Aufsichts-Genossenschaften, dem erwünschten Abschlüsse nahe geführt worden ist. Die Frage, welche Fischzucht-Gattungen und in welcher Menge dieselben zur Wiederbevölkerung des Schwarzwassers in den ersten Jahren in das Schönrebier einzuführen sind, dürfte der Erwähnung des gräflich Schaffgotsch'schen Fischzuchs-Inspectors Stenzel anheimgegeben werden, der auch in diesem Jahre im Auftrage der Königl. Regierung zu Liegnitz die Laich-Schönrebiers bereisen wird. Der Grund, weshalb das erwähnte nach oberhalb und nicht nach unterhalb hin ausgedehnt wird, liegt in dem Umstände, daß sämtliche Fische, mit Ausnahme der Ale, während ihrer Laichperiode flussaufwärts streichen. Der auf dem Gebiete künftiger Fischzucht zu Ruff gelangte Fischermeister Müller in Tischendorf erklärt: Er habe mit Guven die Probe gemacht; dieselben auf Nadelholz, Steinen, Glas- und Thonscherben gebrütet, und glaube nicht zu viel zu sagen, daß ein einziger Fisch auf diese Weise mehr züchten kann, als jetzt alle Fischzüchter Deutschlands und zwar ohne Geld in jedem leeren Fischhälter, Fischtröbel, Fischkorb; an jeder geschnürgten Stelle, wo man im Stande ist, die Fische abzuhalten. Dadurch müssten in kurzer Zeit alle Gewässer von den Fischgattungen, die man bevorzugt will, überfüllt sein, wenn nur das Eine befolgt wird: Wer füht, muß züchten. Unser Gewässermann erklärt ferner, daß diese Zucht auch bei edleren Fischsorten, Schleien, Karpfen, Barben, jedoch nur im kleinen, schon erprob't ist und bei den ersten noch leichter sei als bei Zuppen; denn diese sind Stillwasserfische und darum viel leichter in stehendem Wasser, in jedem Kübel, zu züchten und sei das Fleisch des freilich grätenreichen Fisches im Herbst nicht so schlecht. Bei den Barben empfiehlt sich das gleiche Verfahren. An der Gesetzgebung dürfte es demnach sein, jeden Fisch und Fischerei-Inhaber zur Zucht und zum Einsenken von Fischzucht zu verpflichten und vielleicht einen geringen Theil von der Fischereipacht in Fischzucht statt in Gelde zahlen zu lassen.

e. Schmiedeberg, 5. Juni. [Todesfall.] Gestern Abend verschied plötzlich am Herzschlag der in den weitesten Kreisen als Schriftsteller bekannte Herr K. F. Wunder. Bis zum Jahre 1850 war er als Lehrer tätig, zuletzt in der Stadt Hirzberg. Seine leichten Lebensjahre verlebte er in dem Dorfe Quirl bei Schmiedeberg und arbeitete vorzugsweise an seinem Sprachwörter-Lexikon.

○ Bollenhain, 4. Juni. [Freie Lehrer-Conferenz.] Gemäß dem Beschuß der im September v. J. auf der Siegeshöhe bei Hohenfriedberg zu einer freien Conferenz versammelten evangelischen Lehrer des Kreises Land gestern eine zweite derartige Conferenz hier und zwar im Voer'schen Kaffeehouse statt. Es hatten sich aus den Lehrer-Vereinen von Hohenfriedberg, Rohrstock und hier allerdings nur 15 Lehrer, meist mit ihren Frauen, und einige Gäste eingefunden, die sich bis zum Beginn der ernsteren Berathungen fröhlicher Geselligkeit hingaben. Um 5 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Cantor Nitsch aus Würgsdorf, die Verhandlungen über die auf der Tagesordnung stehenden folgenden drei Punkte: 1) Berathung des Aufrufes des Vorstandes des Schlesischen Provinzial-Lehrer-Vereins zu einer Wilhelm-Augusta-Stiftung für hilfsbedürftige Lehrer und deren Angehörige — und eben: Beschlüßfassung; 2) Feststellung des Princips, durch welches der lokale Umsang des Bollenhainer Zweig-Pestalozzi-Vereins fest begrenzt wird, und 3) Berathung einiger vom Vorsitzenden aufgestellten Tischen über den Unterricht in der deutschen Sprachlehre. — Nach Anerkennung der Bedürfnisfrage einer Stiftung für hilfsbedürftige Lehrer und deren Angehörigen und einstimmiger Zusage zur Betheiligung an dem Unternehmen wählte man ein Comitee aus den Lehrern beider Confessionen, welches die Förderung dieser Angelegenheit unter sämtlichen Lehrern des Kreises schleunigst in die Hand nehmen soll. Eine unter den Anwesenden veranstaltete Sammlung ergab die erfreuliche Summe von 28 M. — Nach Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung konnten die unter Nr. 3 aufgestellten 12 Thesen nur zur Verlelung gelangen, da der vorgeschriebene Zeit wegen in eine Debatte über dieselben nicht mehr eingetreten werden konnte.

○ Salzbrunn, 4. Juni. [Lehrer-Fest.] Das 25jährige Lehrer-Zubialum der im Jahre 1854 abgegangenen Zöglinge des Münsterberger Seminars, das gestern und heute im Hotel „Zur Sonne“ hier begangen wurde und zu welchem schon seit Wochen von Seiten des Mitjubilars, Hotelbesitzers Berger, Vorbereitungen getroffen worden waren, nahm einen allgemein befriedigenden Verlauf. Schon vorgestern und gestern früh waren die Festteilnehmer aus den verschiedenen Gegenden der Provinz herbeigefüllt, um liebe Jugendfreunde wiederzusehen, alte Erinnerungen wachzurufen und neue Freundschaftsbindnisse zu schließen. Eine erhöhte Bedeutung erhielt dieses Fest durch die Anwesenheit der Mitglieder des früheren Seminarlehrer-Collegiums, der Herren Riegerungs- und Schulrat Boden, Rector Schurig, Bernigerode, Musik-Director Mettner, Münsterberg und Cantor Kühn-Pöschwitz. Unter den Jubilaren und Festgästen von auswärts befanden sich Seminar-Director Förster, Straßburg und Musik-Director Beständig-Hamburg. Von den s. B. ins Amt getretenen 18 Lehrern sind nur noch 12 am Leben. Drei davon haben einen anderen Beruf gewählt, und zwar ist einer Districts-Commissarius in der Provinz Bösen und zwei sind Hotelbesitzer. Jubilar Berger eröffnete gestern Nachmittag 2 Uhr die Festlichkeit mit einer begrüßenden Ansprache, welcher ein Willkommengruß des Lehrer-Ansorge Namens des hiesigen Lehrer-Vereins folgte. Bei dem hierauf stattfindenden Festdinner brachte Regierungs- und Schulrat Bod ein begeistertes Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser aus, während Seminar-Director Förster den Gefüßen der Freude über die Anwesenheit der hochgeschätzten Seminarlehrer und den Empfindungen des Dancks für sie den entsprechenden Ausdruck gab. Zahlreiche Glückwünschegespräche, darunter mehrere von den Seminarlehrer-Collegien im Elsass, wie auch aus der Provinz, gaben Zeugnis von der erfreulichen Theilnahme, welche sich in weiteren Kreisen für dieses selteue Fest fand. Die Tafelfreuden wurden durch zahlreiche Toasten und Feststollen, sowie durch Concertmusik der Cäcilia gewürzt. Von besonderem Interesse waren die Mitteilungen des Seminar-Director Förster über die Entwicklung des Schulwesens im Elsass während der letzten Jahre und die Förderung des Deutschthums, das namentlich durch frühere schlechtheit Lehrer in ihrer jetzigen Eigenschaft als Schulinspectoren unterstützt wird. Nach Aufhebung der Festtafel war die Jubelgesellschaft, unter welcher sich auch eine Anzahl Damen befand, noch einige Stunden in dem festlich erleuchteten Garten des Hotels beisammen. Heute früh 6 Uhr wurde auf der Promenade der Choral „Lobe den Herren ic.“ von der Bade-Capelle intonirt. Später erfolgte ein Spaziergang nach der Wilhelmsbühne. Hier erinnerte ein Festteilnehmer an den für die heimatliche Provinz höchst bedeutungsvollen 4ten Juni 1745, daran ein Hoch auf den Urgroßvater des großen Friedrich, unsern erhabenen Heldenkaiser, angeschließend, mit dem Wunsche, daß der neuerdings die theure Perion des Kaisers betroffene Unfall ohne Nachtheile für die Gesundheit und das Leben des geliebten Monarchen bleiben möge. An der Fahrt nach Fürstenstein, die am Nachmittage unternommen wurde, beteiligten sich ca. 30 Personen. Der Einladung für heute Abend zum Besuch eines großen, von den Herren Mustdirektoren Reichmann und Beständig dirigirten Sinfonie-Concerts, bei welchem u. a. die C-moll-Sinfonie von Beständig zur Aufführung gelangte, konnte nur ein kleiner Theil der Jubelgäste Folge leisten. Die meisten derselben waren bereits mit einer angenehmen Erinnerung im Herzen, von den verschiedenen Bahnstationen aus der Heimat zugezellt.

○ Trebnitz, 4. Juni. [Kreistagsbeschlüsse. — Selbstmorde. — Unglücksfall. — Lehrerin-Zubialum. — Königsschießen.] In der kürzlich statthaftesten ersten Kreistags-Sitzung wurde nach Mittheilung des Verwaltungs-Berichtes der Kreishauschts-Crat, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 83.000 Mark balancirt, für das Jahr 1879/80 genehmigt resp. festgestellt. Auch wurde das Fortbestehen des Kreis-Siechenhauses in der bisherigen Weise, sowie die Ausschreibung der Kohlen mit den übrigen Kreisbedürfnissen nach dem für diese feststehenden Bezeichnungssatz besloffen und gleichzeitig dem Siechenhaus-Wärter Neßler eine außerordentliche Remuneration von 75 M. bewilligt. Bezuglich des auszuführenden Chauffebaus von Trebnitz über Birkwitz, Schwanebeck und Lickerow soll die Mittel dazu durch eine Anleihe resp. durch auszugebende Kreisobligationen gedeckt, die letzteren mit 4 p. v. bezinst und unter Zuschlag der erwarteten Zinsen und der Ertragsüberschüsse der Chaussee mit 1 p. amortisiert, sowie die zur Vergütung und Amortisation der bezüglichen Anleihe resp. der auszugebenden Kreisobligationen erforderlichen Beiträge wie die übrigen Kreisabgaben aufgebracht und endlich zu den letzteren Beiträgen die Bewohner der von der Chaussee unmittelbar berührten Guts- und Gemeindebezirke mit drei und ein Drittel Prozent der directen Steuern

Provinzial-Beitung.

○ Breslau, 6. Juni. [Klempnermeister Scholz †.] Wie wir soeben erfahren, ist Herr Klempnermeister Scholz, Vorstandsmitglied des hiesigen Feuer-Rettungs-Vereins, in Folge der bei der gestrigen Explosion erhaltenen Verletzungen gestorben.

○ Hainau, 4. Juni. [Künstliche Fischzucht.] Nachdem in Nr. 245 dieser Zeitung über die beabsichtigte Ausdehnung des Schwarzwasser-Laich-

höher, als die übrigen Kreisbewohner herangezogen werden. — Nachdem hierauf dem Militär-Kurhause in Warmbrunn noch eine Beihilfe von 20 M aus der Kreis-Communalkasse bewilligt worden war, vollzog die Versammlung schließlich die Wahl von Vertrauensmännern des bei den Amtsgerichten zusammenentreffenden Ausschusses für die Auswahl der Schöffen, und zwar wurden für das hiesige Amtsgericht die Herren: Gutsbesitzer Hempe von Schwanevo, Rittergutsbesitzer von Poser-Bingerau, Rittergutsbesitzer von Löbdecker-Mahlen, von Prittewitz-Mähnitz, Gudewitz-Schimmelwitz, Richter-Kloch-Egguth und Bürgermeister Kunzendorf-Trebnitz gewählt. — Im Laufe voriger Woche erhing sich ein Knecht in Mannewitz und der 60-jährige Tagearbeiter H. aus Peterwitz bei Hochkirch. — Ein 11jähriger Knabe aus Bischnitz wurde vor dem Gasthause zu Schottwitz von einem schwer beladenen Wagen übersfahren, so daß das Kind auf der Stelle seinen Tod fand. — Am 1. d. Ms. waren 25 Jahre verflossen, daß Fr. Hickmann in das Amt einer ersten Lehrerin resp. Vorsteherin der W. Delsner'schen Mädchen-Industrie- und Kleinkinder-Bewahr-Anstalt berufen wurde aus welcher Veranlassung das Curatorium dieser Anstalten, sowie viele Freindinnen und Gönnier der werthgeschätzten Jubilarin vielfache Beweise der Liebe und Achtung entgegenbrachten. — Am zweiten Pfingst-Feiertag zog die kleine, aber fröhliche Schaar unserer Bürgerschützen wieder in gewohnter Weise nach dem Schießhause, um die Königswürde der Gilde vor der Geschicklichkeit oder dem Glücke, dem die Jugend hier an vielen Paschaischen bereits die Hand bot und manchen Obolus opferte, auf ein anderes Haupt aus seiner Mitte übertragen zu lassen. Dies Jahr that der Kreisgerichts-Kanzlist Joitze den besten Schuß und wurde daher auch mit den Insignien der Königswürde bekleidet.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 5. Juni. [Criminal-Deputation. — Presbyterat.]
Heute wurde der ehemalige verantwortliche Redakteur der socialdemokratischen Zeitung „Die Wahrheit“, Tischlergeselle Wilhelm Kubisch aus Breslau in Begleitung eines Militairpostens aus der Strafsaft vorgeführt, um sich vor der 1. Criminal-Deputation auf eine wegen öffentlicher Beleidigung der Soldaten des 51. Regiments erhobene Anklage zu verantworten. R. blüßt gegenwärtig und zwar seit dem 1. April eine vierwochentliche Gefängnisstrafe ab, welche er für einen Majestätsbeleidigungen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung enthaltenden Artikel der „Wahrheit“ erhielt; vorher war R. gleichfalls wegen Preßgehen zu 10 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. — Die jetzige Anklage ist aus Nr. 201 der „Wahrheit“, erschienen am 29. August 1878, erhoben. Unter der Spitzmarke „Die Borgänge auf der Schweizerstraße“ enthielt jene Nummer ein Localreferat, worin einer großartigen Schlägerei gedacht wurde, welche an zwei Abenden des Augustes in der Schweizerstraße zwischen Civil und Militair stattgefunden hatte. Der Streit war Sonntag, den 25. August, durch einen der dort Einquartirten im Tanzsaal zur „Stadt Ballenstädt“ entstanden, hatte sich bald auf die Straße verpflanzt und hier unter Theilnahme der in den anderen Häusern liegenden Soldaten — sämmtlich Mannschaften des 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 51 — grohartige Dimensionen angenommen. Grobe Ausschreitungen mögen hierbei wohl von beiden Seiten vorgekommen sein. Es bedurfte des Aufgebots einer größeren Militairmacht, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Dieser Borgang gab der Redaction der „Wahrheit“ die erwünschte Gelegenheit der Stellung des Socialismus zum Militarismus in für Letzteren wenig schmeichelhaften Ausdrücken zu gedenken. R. erklärt, zwar nicht selbst Verfasser des Artikels zu sein, jedoch sehe er sich nicht veranlaßt, den wirklichen Verfasser zu nennen, sondern übernehme allein die volle Verantwortlichkeit. Den Strafantrag des betreffenden Regiments-Commandeur hält er für unberechtigt, sich selbst aus dem Artikel für straflos, weil die

Barbiergärtchen Max Senner — eingeleitet. Im heutigen Audienztermin versuchte S. vergeblich Glauben zu machen, daß er den Baum nur aus Versehen abgebrochen habe. Die Angaben des Oberwachtmannes führten Staatsanwalt und Gerichtshof zu der Überzeugung, daß das Bäumchen mit Gewalt und gewiß nur im tollen Uebermuth vernichtet wurde. Müßig Rücksicht auf die Jugend und bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten lautete das Strafmaß nur auf 14 Tage Gefängnis.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

k. Kawitsch, 5. Juni. [Festprogramm. — Vom Kreisgerichte — Selbstmord. — Gesangvereins-Fahne.] Das Local-Comite für das Provinzialfest des Posener Hauptvereines der Gustav-Adolf-Stiftung hat zu dem am 18. und 19. d. Mts. hierorts abzuhaltenen Feste dieser Tage die Einladungen nebst beigefügtem Programm ergeben lassen. Nach letzterem findet am ersten Tage, Abends 6 Uhr, ein vorbereitender Gottesdienst statt, wobei Herr Superintendent Pfeifer aus Fraustadt die Predigt hält. Das Hauptfest selbst wird früh 6 Uhr durch das Läuten aller Glocken und Choralblasen vom Thurme eingeleitet; um 8½ Uhr erfolgt die Begrüßung der Deputirten und Gäste im Rathausssaale von Seiten der Stadt und des Local-Vereins, hierauf Festzug nach der Kirche, wo der Festgottesdienst abgehalten wird. Herr Superintendent und Hofprediger Ueberfröhlar aus Oels hält die Predigt. Nach dem Gottesdienst findet ein gemeinschaftliches Frühstück in Günthers Halle statt. Um 12½ Uhr versammeln sich der Vorstand des Provinzial-Vereins und die Deputirten der Zweigvereine zu einer Beprüfung in der Kirche. Nachmittags 2 Uhr findet ein Diner im Schützenhaussaale und eine freie Versammlung im Schützengarten statt. Abends um 6 Uhr erfolgt der Schluss des Festes durch Kirchen-Concert, Gebet und Segen. — Vergangnen Freitag haben die Beamten des biesigen Kreisgerichts zum Theil ihre zukünftige Verwendung erfahren. Darnach wird Herr Director Müller, der fast 50 Jahre im Staatsdienste ist, mit vollem Gehalte auf drei Jahre zur Disposition gestellt. Die Kreisrichter Preibisch und Schubert werden nach Ratibor resp. Lissa und Kreisrichter Basch wird nach Meseritz versetzt. Sechs und zwanzig nicht etatsmäßig angestellte Subaltern-Beamte haben für den ersten October ihre Kündigung erhalten. — In dem von biesigen Stadt eine halbe Meile entfernten Dorfe Polnisch-Damno hat sich vergangene Woche eine Frau erhängt. Der Chemann derselben gehört zur Gemeinde der Baptisten. Wegen der Confirmation der Tochter sind zwischen den Ehegatten religiöse Meinungsverschiedenheiten entstanden, und diese sind der Grund zum Selbstmorde der Frau gewesen. — Dem biesigen Männer-Gesang-Verein fehlte bis jetzt eine Fahne. Den Mangel einer solchen erzielte er bei festlichen Gelegenheiten durch eine nicht unschöne Riesen-Druck. Dieser Notbehelf konnte aber auf die Länge der Zeit nicht bestehen, und so beschloß der Verein die Anfertigung einer Fahne. Das dazu nötige Geld ist auf eine originelle Weise beschafft worden. Nachdem durch Sammlungen und Ueberschüsse bei Aufführungen circa 50—60 Mark zusammengebracht worden sind, wird das Fehlende im Betrage von 150—200 M. auf dem Wege einer Actien-Unternehmung gedeckt. Es sind zu diesem Zwecke unverzinsliche Actien mit 1,50 M. Nennwerth ausgegeben worden. Dieser Betrag wird binnen vier Jahren vom 1. October 1879 ab zurück erstattet. Der Verein stellt nämlich alljährlich am Schlusse des Vereinsjahres aus Vereinsmitteln 30—40 M. zur Tilgung dieser Anleihe bereit. Die Feststellung der einzulösenden Anteilscheine erfolgt in der General-Versammlung durch Auslöschung unter Beobachtung der bei der Staats-Lotterie angewandten Sicherung. Das 10. und 30. Los erhält eine Prämie von je 1 M., das 50. Los ist mit 1,50 M. und das 70. mit 2 M. bedacht worden. Nicht erhobene Beträge verbleiben nach Ablauf von zwei Jahren nach der Verlösung der Vereinskasse.

Telegraphische Depeschen

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Florenz, 5. Juni. Im Prozeß wegen Werfens von Ortsinombomben verurtheilte der Schwurgerichtshof einen Angeklagten zu lebenslanger Strafarbeit, zwei zu zwanzigjährigem, vier zu neunjährigem Gefängniß; zweit wurden freigesprochen.

Versailles, 5. Juni. Der Deputirtenkammer wurde vom Handelsminister heute ein Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung der bestehenden Handelsverträge auf 6 Monate, vorgelegt.

Paris, 5. Juni. Nach weiteren aus Algier eingegangenen Nachrichten sind die in der Provinz Constantine ausgebrochenen Unruhen unerheblich und beschränken sich auf einen zwischen dem Stamm Ouled Daoud und dem Stamm Ouled Bouslman ausgebrochenen Streit.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.
Frankfurt a. M. 5. Sept. Mittwoch 2. Uhr 30 Min.

Frankfurt a. M., 5. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß]
[Kurze] Londoner Wechsel 20. 425. Pariser Wechsel 81. 10. Brie

Bourges. Londoner Wechsel 20, 425. Pariser Wechsel 81, 10. Wien
 ner Wechsel 174, 90. Böhmishe Westbahn 168. Elisabethsbahn 158 $\frac{1}{4}$.
 Köln-Mindener-Brämener-Anteilsscheine 130 %. Galizier 215 %. Franzosen*)
 242 %. Lombarden*) 71 $\frac{1}{2}$ %. Nordwestbahn 117. Silberrente 61 $\frac{1}{4}$. Papier-
 rente 59 $\frac{3}{4}$. Oesterreich. Goldrente 70 %. Ungar. Goldrente 83 %. Italiener
 81 %. Russ. Bodencredit 78. Russen 1872 86 $\frac{1}{4}$. Neue russ. Anleihe 88 $\frac{1}{4}$.
 1860er Loosse 123 %. 1864er Loosse 293, 00. Creditactien*) 233 %. Deit-
 National-Bank 730, 00. Darmstädter Bank 131. Meiningen Bank 83 $\frac{1}{4}$.
 Hess. Ludwigsbahn 76 %. Ungarische Staatsloose 185, 30. do. Schay-
 weilungen 103. do. Ostbahn-Obligationen II. 73 %. Central - Pacific
 107 $\frac{1}{2}$ %. Reichsbank 155 %. Reichs-Anleihe 99 $\frac{1}{4}$. II. Orientanleihe 57 $\frac{1}{2}$.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 233½, Franzosen 242, Lombarden 71½, Oesterl. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier 214½, Orientanleihe —, 1877er Russen —, 1860er Loose —, —.
 *) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 5. Juni. Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 124½, Silberrente 61½, Oesterl. Goldrente 69%, Ung. Goldrente 82%, Creditactien 230%, 1860er Loose 121%, Franzosen 605, Lombarden 171, Ital. Rente 81%, Neue Russen 88½, Vereinsbank 122½, Laura-
 bütte 73%, Norddeutsche 146, Anglo-deutsche 35%, Amerik. do 1885 95%, Köln-Minden. St.-A. 131½, Rhein. Eisenbahn do. 127%, Berg-Wärk. do. 91, Berl.-Hamb. do. 182, Altona-Kiel do. 123. Disconto 1% v.Ct.

Matt.

Hamburg, 5. Juni. Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine rubia. Roggen loco still, auf Termine rubia. Weizen

und auf Terme ruhig. Rogen loco null, auf Terme ruhig. Weizen per Juni-Juli 192 Br., 191 Gd., per September-October 195 Br., 194 Gd. Rogen per Juni-Juli 121 Br., 120 Gd., per September-October 126½ Br., 125½ Gd. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübsöl null, loco 59, per October 59½. Spiritus ruhig, per Juni 37 Br., per Juli-August 38 Br., per August-September 39 Br., per September-October 40 Br. Kaffee fest, aber ruhig. Umtax 2000 Sad. Petroleum matt, Standard white loco 8, 90 Br., 8, 60 Gd., per Juni 8, 60 Gd., per August-December 8, 20 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 5. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.)
Mutmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Ruhig, auf Zeit weichend. Tages-
import 2000 Ballen amerikanische.

Upland good ordinair $6\frac{1}{2}\%$, Upland low middl. $6\frac{1}{2}\%$, Upland middl. $7\frac{1}{2}\%$, Mobile middl. $7\frac{1}{2}\%$, Orleans good ordinair $6\frac{1}{2}\%$, Orleans low middl. $7\frac{1}{2}\%$, Orleans middl. $7\frac{1}{2}\%$, Orleans middl. fair 8, Bernam fair 7%, Santos fair 7, Bahia fair 6%, Maceio fair 7%, Maranham fair 7%, Egyptian brown middl. $6\frac{1}{2}\%$, Egyptian brown fair $8\frac{1}{2}\%$, Egyptian brown good fair 9%, Egyptian white middl. —, Egyptian white fair $7\frac{1}{2}\%$, Egyptian white good fair 7%, Smyrna fair —, M. G. Broach fair $5\frac{1}{2}\%$, Dhollerah middl. 4, Dhollerah good middl. $4\frac{1}{2}\%$, Dhollerah middl. fair $5\frac{1}{2}\%$, Dhollerah fair $5\frac{1}{2}\%$, Dhollerah good fair $5\frac{1}{2}\%$, Dhollerah good $6\frac{1}{2}\%$, Domra fair $5\frac{1}{2}\%$, Domra good fair $5\frac{1}{2}\%$, Domra good $6\frac{1}{2}\%$, Scinde fair $4\frac{1}{2}\%$, Bengal fair —, Bengal good fair $5\frac{1}{2}\%$, Madras Linnebelly fair —, Madras Linnebelly good fair $5\frac{1}{2}\%$.

Pest, 5. Juni, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt] Weizen loco schwächer Verfehr. Termine matter, ver Frühjahr 10, 05 Gd., 10, 10 Gr. —

Hasfer per Frühjahr 5, 70 Gd., 5, 75 Br. — Mais per Frühjahr 5, 25 Gd., 5, 27 Br. — Wetter: prächtig.

Paris, 5. Juni, Nachm. [Produktenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, per Juni 27, 50, per Juli 27, 60, per Juli-August 27, 60, per Septbr.-Deebr. 27, 60. Mehl matt, per Juni 59, 00, per Juli 59, 75, per Juli-August 60, 00, per Septbr.-Deebr. 60, 50. Rübölweichend, per Juni 81, 25, per Juli 81, 75, per Juli-August 82, 00, per Septbr.-December 82, 50. — Spiritus matt, per Juni 54, 50, per September-December 55, 00. — Wetter: bedeckt.

Paris, 5. Juni, Nachmitt. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 vr. Juni pr.
100 Kilgr. 49, 25, Nr. 7/9 vr. Juni per 100 Kilgr. 55, 25. Weißer Zucker
weichend, Nr. 3 per 100 Kilogr. ver Juni 57, 75, pr. Juli 58, 00, ver
Juli-August 58, 00, per September-December 58, 00.

Antwerpen, 5. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes, Tüve weiß, loco 20 bez., 20½ Br., vor Juli 20 bez., 20¼ Br., vor Septbr. 20½ Br., vor September-December 20¾ Br. — Weichend.

Bremen, 5. Juni, Nachmitt. Petroleum niedriger. (Schlussbericht.) Standard white loco 8, 10, per Juli 8, 00, per August 8, 00, per Septbr.-

Handel, Industrie &c.

Berlin, 5. Juni. [Börse.] Schon gestern griff nach Schluss der Börse eine recht matte Stimmung Platz und dieselbe übertrug sich im Allgemeinen auch auf das heutige Geschäft. Die höheren Pariser Notirungen, die bei Eröffnung des Verkehrs vorlagen, hatten der Gesammtstimmung zwar vorübergehend einen Anflug von Fertigkeit gegeben, doch machte sich später wieder eine allgemeine Ermattung geltend, die zeitweise sogar auch einen acuteren Charakter annahm. In der Haupstadt ist auch heute nur die Überladung der Speculation die Ursache der matteren Haltung und der Coursdruck war lediglich die Folge von umfangreicher Realisationsverkäufen. Das Angebot war überwiegend und haben namentlich die internationalen Speculationspapiere stärkere Einbußen zu verzeichnen. Nur Franzosen konnten sich ziemlich gut behaupten, dagegen schließen österreichische Creditactien wesentlich unter gestrigem Coursstande und ebenso mussten Lombarden nicht unbedeutend nachgeben. Die Dester. Nebenb. blieben meist unbelebt, ließen aber doch eine nur wenig feste Tendenz erkennen. Auch die Localen Speculationseffect. folgten der allgemeinen Strömung und gingen in den Notirungen zurück. Disc-Commandittheile waren zu herabgesetzter Notiz nicht ganz unbelebt. Lauraactionen blieben dagegen fast ganz vernachlässigt. Dieselben wurden pr. ultimo $73\frac{3}{4}$ — $72\frac{3}{4}$ — 73 notirt. In recht fester Haltung hatten die auswärtigen Staatsanleihen eröffnet, doch unterlagen dieselben ebenfalls einem nicht ganz unbedeutenden Coursdrucke, nur Italiener konnten sich gut behaupten, da dieselben von auswärts höher gemeldet wurden. Russische Werthe waren sämmtlich recht matt, besonders aber Orient-Anleihen und russische Baluta. 5proc. Anleihe pr. ultimo $88\frac{1}{2}\%$ —%. Russische Noten matt, pr. ultimo $200\frac{1}{4}$ — $198\frac{1}{4}$ — 199 (Vorprämie $202\frac{1}{2}$), pr. Juli 201 — $199\frac{1}{4}$ — $199\frac{1}{4}$ (Vorprämie $202\frac{1}{2}$ /3). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Auch in Eisenbahnprioritäten blieb der Verkehr gering, nur einheimische 4- und $4\frac{1}{2}$ % prozentige Devisen wurden vielfach zu Capitalsanlagen verwendet. Auf dem Eisenbahn-Aktien-Märkte herrschten anfänglich ebenfalls Realisationen vor, und schlug die Coursbewegung auch weichende Richtung ein, später zeigte sich eher Kauslust. Stettiner zogen im Course an. Potsdamer kamen niedriger zur Notiz, blieben aber nach Cours gesucht. Hamburger und Anhalter weichend. Halberstädter zur herabgesetzten Notiz beigeht. Leichte Bahnen matt, nur Ostpreußische Südbahn beliebt. Rumänen weichend. Bankactien trugen eber eine matte Haltung. Im Course gewannen heute nur Weimarer B., Kölner Wechslerb., Norddeutsche Grundcreditbank und Geraer Bank. Wollbank und Centralbank für Bauten zogen etwas an. Dagegen war Darmstädter Bank weichend, Deutsche Bank ging zu herabgesetzter Notiz um. Antwerpener Centralbank, Würtemberger Vereinsbank, Meiningen Bank, Essener Creditbank, Basler Bankverein, Niederschlesischer und Preußische Bodencredit waren ebenfalls billiger erhältlich. Industriepapiere beteiligten sich wenig am Verkehr. Centralstraße besser, Linde Wagenbau beliebt, Senker Werkzeug anziehend. Glauzig Zunderfabrik erhöhte die Notiz. Edert Maschinenfabrik mußte etwas nachlassen. Montanwerke schwach. Dampferwerke niedriger. Gesellschaften, Bau-

Montanwerke schwach belebt. Donnersmark niedriger, Gelsenkirchen, Har-
fort und Braunschweig. Kohlen zogen etwas an.
Um 2½ Uhr: Schwäb. Credit 466,—, Lombarden 142,—, Fran-
zosen 487,50, Reichsbank —, Disconto-Commandit 154,25, Laura-
hütte 73,25, Türken 11,75, Italiener 81,12, Oester. Goldrente 69,75,
Ungarische Goldrente 83,—, Oester. Silberrente 61,62, do. Papierrente 59,75,
5% Russen 88,50, Köln-Mindener 131,75, Rheinische 128,75, Bergische
91,50, Rumänen 32,—, Russische Noten 199,—. Marienburg-Mlawka-Prio-
ritäten — Gld.

Rechtsanwälte des Reichs-Oberhandelsgerichts.

(Nachdruck verboten. Gesetz vom 17. Juni 1870.)

In der Regel braucht der Käufer Theillieferungen nicht anzunehmen, und, so wenig hiernach der Verläufer eine Theillieferung mit dem Erfolge dem Käufer aufdringen kann, daß dieser zur Zahlung eines entsprechenden Theiles des Kaufpreises verpflichtet würde, so wenig ist der Verkäufer berechtigt, einen Theil des Kaufobjets selbsthilfemäße, nach Art. 343 des Handelsgesetzbuchs, mit der Wirkung zu veräußern, daß der Käufer die Substitution des Erlöses aus dem veräußerten Theile für die contractliche Lieferung sich gefallen lassen und den dem veräußerten Theile der Ware

entsprechenden Theil des vertragsmä^higen Kaufpreises zahlen mü^{ste}. Die Vorschrift im Art. 357 des Handelsgesetzbuchs, wonach der wegen Verzugs vom Verkäufer bei Waaren, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, zu leistende Schadensersatz in der Differenz zwischen dem Kaufpreise und dem Markt- oder Börsenpreise zur Zeit und am Orte der geschuldeten Lieferung besteht, leidet, obgleich sie nur für sogenannte Fürgeschäfte ausgesprochen ist, auch bei sonstigen Handelskäufen Anwendung. Ebenso ist es gerechtfertigt, obgleich Art. 357 nur von dem Falle handelt, daß der Käufer statt der Erfüllung Schadensersatz wegen Nichterfüllung fordert, den darin anerkannten Grundsatz auch auf den Fall anzuwenden, daß der Käufer neben der Erfüllung Schadensersatz wegen Verhärtung der Erfüllung verlangt. Bei Anwendung auf letzteren Fall führt dieser Grundsatz zu der

Eine von dem Bezugenen auf den Wechsel gesetzte und unterschriebene Erklärung gilt nach Art. 21 Abs. 2 der Wechselordnung, wenn sie den Willen des Bezugenen, durch sie den Wechsel zu acceptiren, nicht ausdrücklich und unzweideutig ausschließt, als Acceptation — dies also namentlich

dann, wenn sie nach Fassung und Inhalt den Acceptivwillen zweifelhaft erscheinen läßt. Eine anderweite Erforschung des Willens zur Beseitigung des Zweifels gestattet das Wechselserecht nicht.

Die Ansicht, daß der Umfang, in welchem das Aufführungsrecht, § 50 des Reichsgesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend das Urheberrecht von Schriftwerken ic., übertragen werde, regelmäßig örtlich begrenzt sei, und daß die Erlaubnis zur Aufführung nicht nur auf eine bestimmte Ortschaft und ein bestimmtes Theater, sondern auch auf die Grenzen derjenigen Bühnenlocalitäten beschränkt sei, welche der Erwerber des Aufführungsrechtes zur Zeit des Geschäftsabschlusses geschäftlich vertrat, findet nicht im Gesetze ihre Begründung. Es hängt lediglich von dem Inhalte des Vertrages ab, in welcher örtlichen Begrenzung das Aufführungsrecht den Erwerbern von dem Autor eingeräumt ist. Diese thathafte Frage ist daher in jedem einzelnen Falle nach den beim Vertragsschluß abgegebenen Erklärungen, und, insofern solche nicht abgegeben worden sind, nach dem

